



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/57

16. Mai 1949

Spekulationen um Oder und Neisse

Plötzlich ist in dem Kreise der Vermutungen über den Inhalt der kommenden Pariser Aussenministerkonferenz auch "die Möglichkeit einer Revision der Oder-Neisse-Grenze auf russischen Wunsch" aufgetaucht. Ob sie zutrifft, lässt sich schwer sagen, zumal sie zuerst in einer Meldung mit etwas sensationellem Beigeschmack Gestalt annahm. Immerhin setzt diese Möglichkeit heute nicht mehr so in Erstaunen, wie das noch vor kurzem der Fall gewesen wäre. Binen gewissen Hinweis lieferte bereits der Umstand, dass, entgegen jeder früheren Praxis, aus Kreisen der SED in letzter Zeit vom provisorischen Charakter dieser Grenze die Rede war, ohne dass ein Dementi aus Moskau oder Warschau erfolgte. Auch weiss man, dass die Aussenpolitik des Kreml nicht zaghaft ist: der politische Rückzug, der mit der Aufhebung der Blockade Berlins begann, enthüllte die gegenwärtige russische Schwäche schonungslos und es ist gar nicht ausgeschlossen, dass der Kreml in dem Bestreben, ein grösseres, entfernteres Ziel zu erreichen, zu noch radikaleren Konzessionen bereit ist. Der russischen Bevölkerung selbst werden diese Tatsachen und Zusammenhänge ohnehin nicht oder nur grob entstellt bekannt gemacht und dem Ausland Sand in die Augen zu streuen, hält man wohl in Moskau selbst für ein vergebliches Bemühen.

Die Russen müssen damit rechnen, dass diese Grenzrevisionsforderung spätestens bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Deutschland von den Westalliierten erhoben wird. Diese Forderung ist auf jeder grossen Viererkonferenz in irgend einer Form angemeldet worden. Byrnes, Marshall und Bevin haben sich mehrfach in aller Öffentlichkeit dieser Sache angenommen, der britische Aussenminister zuletzt bei seinem Deutschlandbesuch. Man erinnert sich auch der kürzlich etwas auffallend und unmotiviert von der britischen Militärregierung herausgegebenen "Anweisung für den Druck von Landkarten", nach der das Gebiet östlich der Oder-Neisse-Linie offiziell als "unter polnischer Verwaltung stehend" bezeichnet wurde. Wenn die Westalliierten also diese für sie höchstpeinliche Angelegenheit doch auf das Tapet bringen werden - warum sollte sich dann die russische Führung in diesem Augenblick eines ohnehin gefassten Rückzugsbeschlusses nicht zu einem "freiwilligen", vorzeitigen Nachgeben auch in dieser Frage bereitfinden, mit all den propagandistischen Möglichkeiten, die sich daraus, ebenso wie aus einer Räumung der Ostzone, ergeben? Ganz abgesehen davon, dass zwischen der evtl. Bekanntgabe eines solchen Entschlusses und seiner Durchführung sich ja noch manches ereignen kann...

Die russische Aussenpolitik erstrebt zur Zeit offenbar dreierlei: Sie will auch in Westdeutschland politisch Fuss fassen, sie

16.5.1949

will es vor allem in der Ruhrbehörde, im Sicherheitsamt, in der gesamten Kontrollapparatur. Sie will gleichzeitig mit einer aus der Not einer wirtschaftlich wie psychologisch gleich prekären Situation die Tugend einer, der deutschen Einheitssehnsucht entgegenkommenden Grosszügigkeit machen. Sie will schliesslich - und hier liegt eine besonders dringende Gefahr vor - versuchen, durch eine für sie besonders erstaunliche Taktik des Nachgebens die wache Aufmerksamkeit ihres eigentlichen grossen Gegenspielers, der USA, einschläfern. Der östliche Zeitbegriff ist ein anderer als der im Westen. Vielleicht, so mag man in Moskau denken, bildet sich eines Tages eine günstigere europäische Situation heraus. Den Boden für eine solche Entwicklung aber soll ein Deutschland bilden, in dem der russische Einfluss zumindest als vierter neben dem der drei anderen Siegermächten steht, ein Deutschland, von dem sich vielleicht sogar Dankbarkeit für soviel neu entwickelte "Grossmut" erwartet, ein Deutschland in dem die unterirdische Tätigkeit erprobter, geschulter und sicher ständig mit neuen Funktionären gespeister kommunistischer Aktivistengruppen ihre langsame, aber stetige Wirkung erzielen soll.

Vielleicht gibt es sehr bald aus Moskau oder Warschau ein Dementi. Das braucht nichts zu besagen. Die Russen wünschen sich die Sympathien ganz Deutschlands zu erwerben - ein vermessener Wunsch, fürwahr. Aber von dieser Hoffnung aus, im Verein mit einer Funktion im Kontrollrat für Deutschland, wollen sie sich eine günstigere Ausgangsposition für weitergehende Unternehmungen erkämpfen. Das alles soll man sehen. Trotzdem darf man nicht zögern, Chancen, die die gegenwärtige Situation auch im Hinblick auf die Revision der Oder-Neisse-Grenze bieten könnte, wahrzunehmen. Ob schon in Paris das Thema angeschnitten wird, ist noch ungewiss. Dass Molotow seinerzeit den Vorschlag Marshalls auf Einsetzung einer Grenzkommission mit dem zynischen Hinweis ablehnte, eine Veränderung der Grenze würde auch den Deutschen gegenüber unstatthaft grausam sein, steht dem nicht im Wege. Molotow ist nicht mehr Aussenminister. Der Kreml aber glaubt, sich jede Unbeständigkeit leisten zu können.

Peter Raunau

Die Beschlüsse von Baarn. (sp.) Der 1946 in Bournemouth ins Leben gerufenen Internationalen Sozialistenkonferenz ist wiederholt der Vorwurf gemacht worden, sie entwickle zu wenig Initiative. Dieser Vorwurf ist, wie die Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkonferenz in Baarn bei Utrecht zeigen, durchaus unbegründet. Ohne viel Aufhebens nach aussen hin wurde im Stillen durch verschiedene technische Komitees äusserst wertvolle praktische Arbeit geleistet, die jetzt in einer Reihe für die Zukunft Europas bedeutsamer Beschlüsse ihren Niederschlag fand. Sie fordern u. a. weitgehende industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Nationen, die Verstaatlichung der europäischen Schlüsselindustrien nach einem gemeinsamen Plan, die Schaffung einer Institution zum gemeinsamen Einkauf von Rohstoffen und die Bildung einer einheitlichen europäischen Währung. Der Beschluss der unter der Leitung Nennis stehenden italienischen Linksozialisten, aus der Internationalen Sozialistenkonferenz auszuschneiden, wurde mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Er war das Ergebnis des zur gleichen Zeit in Florenz stattgefundenen Parteitages der Fenni-Sozialisten, wo 51 Prozent aller Delegierten sich für eine weitere Zusammenarbeit mit den Kommunisten einsetzten. Dem Gesuch der Saarländischen Sozialdemokraten, in die Internationale Sozialistenkonferenz aufgenommen zu werden, wurde nicht stattgegeben. Sie werden künftig lediglich einen Beobachter zu den Sitzungen der Internationale entsenden. (b/B.65/165/1/hs)

Sowjet-Gewerkschaftskongress - nach 17 Jahren

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die Sowjetunion lebt zur Zeit in einer Kongressperiode. In den letzten fünf Monaten haben nicht weniger als 67 allrussische Kongresse der verschiedenen Gewerkschaften stattgefunden und auf ihnen wurden Delegierte für den allgemeinen Gewerkschaftskongress gewählt. Dieser tagte dann Ende April in Moskau. Es war ein wichtiges Ereignis im sowjetrussischen Leben. Der letzte Kongress dieser Art hatte 1932 stattgefunden, 17 Jahre lang wurden auch in dieser Hinsicht die Statuten völlig missachtet.

Am Kongress nahmen 1.343 Delegierte von 67 Gewerkschaftsverbänden der Union teil. Sie gehörten meistens zur gutbezahlten gewerkschaftlichen Bürokratie: 506 Delegierte waren Mitglieder der Zentralräte dieser Verbände und 319 waren Leiter der Gewerkschafts-Komitees in den Unionsrepubliken und Kreisen. Es war eine ordengeschmückte Gesellschaft. Nicht weniger als 1.131 Delegierte hatten Orden und 311 trugen sogar vier verschiedene Auszeichnungen. Der Kongress repräsentierte 38,5 Millionen Mitglieder der russischen Gewerkschaften, die sowohl Arbeiter als auch Angestellte umfassen. Es sollen zur Zeit 87 Prozent der Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert sein.

Der Kongress wählte ein Monstre-Präsidium von 79 Kongressvorsitzenden. Dann wurde, wie immer in Russland, auch ein Ehrenpräsidium gewählt und diese Wahl lässt Schlüsse zu über die Bedeutung der letzten Regierungsveränderungen in der Sowjetunion. Es wurden gewählt: Stalin ("alle stehen auf, stürmischer, langanhaltender Beifall"), dann "die engsten Mitarbeiter des grossen Stalin, die Führer der Partei und der Sowjetregierung" - V. Molotow ("stürmischer Beifall") und dann folgen die Namen der übrigen Mitglieder des Politbüros, darunter auch Mikojan und Bulganin, bei ihnen wird nur "Beifall" im offiziellen Kongressbericht des Gewerkschaftsblattes "Trud" gemeldet. In der für die sowjetrussische Diktatur so wichtigen offiziellen Reihenfolge der Parteiführer kommen sofort nach Molotow G. Malenkow und L. Berija. Es fehlt aber Voznesensky, was die Vermutung bestätigt, dass er nicht nur seine Regierungssämter, sondern auch die Mitgliedschaft im Politbüro verloren hat.

Die Tagesordnung des Kongresses war trotz der siebzehn kongresslosen Jahre sehr knapp. Sie enthielt nur drei Punkte: Die Berichte, die Änderung der Statuten und die Wahlen. Den Bericht erstattete der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften V. Kuznetzow. Sein Bericht war so lang, dass er im "Trud" in zwei Nummern auf fünf sechspaltigen Seiten gedruckt war. Als Haupttätigkeit der Gewerkschaften wurde die Teilnahme "im Kampf um die Erhöhung der Produktion" und in der Organisierung des "sozialistischen Wettkampfes" zwischen den verschiedenen Betrieben bezeichnet. Die Frage der Löhne wurde nur mit einigen Zeilen erwähnt, bezeichnenderweise betonte aber Kuznetzow mit Nachdruck, dass die Gewerkschaften "gegen die Ausgleichung der Löhne" gekämpft haben. Die materielle Lage der russischen Arbeiterschaft sei 1948 besser geworden, was in der Steigerung des Brotverkaufes um 56 Prozent seinen Ausdruck gefunden habe. Gleichzeitig aber führe

"die Marshallisierung Europas" zur "Verarmung der Volksmassen" des Auslandes. Die von den ausländischen Kommunisten vielgerühmten russischen Erholungsheime und Sanatorien wurden 1948 von zwei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern besucht, das heisst, dass kaum sieben Prozent der Arbeiter die Erholungsheime besuchen konnten. Sie mussten 30 Prozent der Ausgaben selbst bezahlen.

Der Bericht Kuznetzows rief eine mehrtägige Diskussion hervor, an der sich 68 Redner beteiligten. Die Reden waren im Ton einheitlich und im ganzen langweilig: Sie berichteten über lokale Errungenschaften und äusserten einige zähne Wünsche, zum Beispiel, dass mehr Erholungsheime gebaut werden sollen, dass die Behörden und die Zentralkomitees der Gewerkschaften weniger Bürokratismus aufweisen sollen usw. Dann wurde einstimmig die "politische Linie und praktische Tätigkeit" des Zentralrates gutgeheissen. Kein einziger der vielen Redner wagte zu fragen, warum 17 Jahre lang kein Kongress abgehalten worden war.

Die vielen ausländischen Redner wurden nur tropfenweise, etwa je einer täglich, zu Wort gelassen und die Presse widmete ihnen wenig Aufmerksamkeit. So musste der Vertreter der schwedischen Gewerkschaften, Norr, an sechs Tage warten, bis er den Kongress begrüssen konnte. Über seine Rede berichtete der "Trud" mit neun Zeilen, die "Prawda" mit vier und die "Izvestija" sogar nur mit zwei Zeilen. Internationalismus ist heute wenig gefragt.

Der Kongress änderte die Statuten der russischen Gewerkschaften. Die Unterwerfung unter die Partei wurde statuarisch festgelegt. "Die sowjetischen Gewerkschaften arbeiten unter Führung der kommunistischen Partei, welche die Kräfte der Sowjetgesellschaft organisiert und leitet". Unter den Aufgaben der Gewerkschaften stehen zuerst die strenge Einhaltung der Arbeitsdisziplin, die sorgfältige Bewachung des staatlichen Eigentums und die Erhöhung der produktiven Qualifikation der Arbeiter. Die Sorge für die materiellen Interessen der Arbeiter ist bezeichnenderweise als die letzte Aufgabe der russischen Gewerkschaften genannt worden.

Der Kongress endete mit der Wahl eines aus 175 Mitgliedern und 57 Kandidaten bestehenden Zentralrats der Gewerkschaften, in den die verschiedenen Leiter der 67 Gewerkschaftsverbände geschickt wurden. Zum Abschluss folgte die übliche Ergebenheitsadresse an Stalin. Der Kongress bewies, was schon bekannt war, dass die Sowjetgewerkschaften von der kommunistischen Partei dirigiert, unfreie Instrumente zur Steigerung der Produktion sind, aber keine Interessenvertretung der Arbeiter.

----- Der Kommunismus in England

sp. Ernest Bevin kennt seinen konservativen Gegner bei den nächsten Wahlen noch nicht, aber er weiss, wen die Kommunisten ihm entgegenstellen werden. Es ist ein ausserhalb Englands unbekannter Mann: Rajani Palme Dutt. Das Politbüro der Kommunistischen Partei Grossbritanniens gibt sich keiner Täuschung darüber hin, dass Dutt Bevin in seinem Wahlkreis nicht schlagen kann. Es ist auch unwahrscheinlich, dass Dutt fort auf einen Parlamentsitz legt. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Partei, und, was wichtiger ist,

der bedeutendste Theoretiker unter den englischen Kommunisten. Den Vordergrundfiguren des englischen Kommunismus Pollitt, Gallacher und Piratin hat er die für seine Zwecke wesentliche Undurchsichtigkeit voraus. Dieser Intellektuelle, halb schwedischer, halb indischer Abstammung, hat sich stets in ganz besonderer Masse der Rückendeckung Moskaus erfreut, in dessen Auftrag er jahrelang von Brüssel aus das Westeuropa-Büro der Komintern dirigierte.

Es gilt ausserhalb Englands als ausgemachte Tatsache, dass die englischen Kommunisten ein verlorenes Häuflein streitbarer und sich wild gebärdender, politisch aber einflussloser Männer sind. Die Labour-Regierung und die Führung der Labour Party teilen aus guten Gründen diese Auffassung, für die alle landläufigen Argumente zu sprechen scheinen, keineswegs. Die Kommunistische Partei Grossbritanniens hat seit der Gründung am 31. Januar 1920 bis heute niemals mehr als ein Zehntel Prozent der Bevölkerung zu ihren Mitgliedern zählen können. Selbst diese geringfügige Zahl hat sie nur erreicht, als die Sowjetunion im Zenith ihres Weltsehens stand, im März 1944. Damals hatte die Partei 47 500 Mitglieder. 1948 hatten sich davon schon wieder 5 000 verlaufen. Im englischen Unterhaus ist sie mit zwei unter rund 650 Abgeordneten vertreten; Gallacher und Piratin, im Oberhaus überhaupt nicht. Ihren Generalsekretär Harry Pollitt hat die Polizei jüngst mit knapper Not aus den Händen einer wütenden Volksmenge retten müssen.

Lenin hat sich der Kommunistischen Partei Grossbritannien von ihren Anfängen an mit besonderem Eifer angenommen. Ihn verbanden mit London persönliche Erinnerungen, denn die britische Hauptstadt ist, wenn auch zufällig, immerhin 1903 die Geburtsstätte des Bolschewismus gewesen. Über diese mehr gefühlsmässigen Gründe hinaus musste ihm auch sachlich daran gelegen sein, dem Kommunismus in der damaligen Hochburg des europäischen Kapitalismus grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Der äussere Erfolg war gering. Als Lenin starb, gab es in England 5000 Bolschewisten. Lange haben die englischen Kommunisten die Empfehlung befolgt, die ihnen Lenin mit auf den Weg gab: "der Labour Party zu helfen, wie der Strick dem Manne hilft, der gehängt wird". Aber alle Versuche, sich in die Labour Party einzuschalten, sind an der Haltung der Labour-Führung gescheitert.

Trotzdem ist der Einfluss der englischen Kommunisten nicht zu unterschätzen. Dem Politbüro der Partei ist es gelungen, aus der Intellektuellenschicht Englands einige bedeutende Anhänger zu gewinnen, unter ihnen den Dekan an der Kathedrale von Canterbury, Dr. Hewlett Johnson, ein im Kreml gern und häufig gesehener Gast, und Professor Haldane, einen der berühmtesten Biologen unserer Zeit. Beide sind Mitarbeiter des Parteiorgans "Daily Worker". Das Politbüro hat ferner gute Beziehungen zum äussersten linken Flügel der Labour Party. Einer der bekanntesten Führer dieser "Rebellen", der sehr eigenwillige Konni Zilliacus, hat sich dem Kommunismus so weit genähert, dass ihn die Labour Party nicht mehr als Kandidaten aufstellen will und kann. Im Gegensatz zur Labour Party hat sich die neun Millionen Mitglieder zählende englische Gewerkschaftsbewegung als anfälliger erwiesen. Hier ist den Kommunisten der gefährlichste Einbruch gelungen, der der obersten Gewerkschaftsführung ernste Sorgen bereitet. Es versteht sich von selbst, dass auch die Labour Party dieser Entwicklung grösste Aufmerksamkeit schenkt, zumal sie aus den Gewerkschaften direkt hervorgegangen ist. Es ist daher ein gefährlicher Trugschluss, die Kommunistische Partei Grossbritanniens nach der Zahl ihrer Mitglieder oder ihrer parlamentarischen Vertreter zu beurteilen.

Dr. H.

 Im Stil der "Sondermeldungen"

H.K. Gegen die marktschreierische Aufmachung von amtlichen Meldungen über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wenden sich die "Mitteilungen der Industrie- und Handelskammern" in Frankfurt am Main (Nr. 78). Sie weisen mit Recht auf die Parallele mit den "Sondermeldungen" der Nazi-Kriegsführung hin, die umso aufgebauchter wurden, je trister die Tatsachen waren, über die berichtet werden musste. Dabei wird auch die schädliche Auswirkung einer solchen "Erfolgspropaganda" auf das Ausland ins rechte Licht gerückt. Müssen nicht sowohl die gutwilligen Beobachter wie die böswilligen Kritiker der deutschen Wirtschaft irreführt werden, wenn amtlich berichtet wird, dass die Industrieproduktion der Westzone 89 Prozent der Erzeugung des Jahres 1938 erreicht habe? Werden falsche Schlussfolgerungen bezüglich der Abhängigkeit Deutschlands von ausländischer Hilfe und der Gefahren einer deutschen Konkurrenz nicht geradezu aufgedrängt? Es ist schliesslich draussen niemand verpflichtet, gegenüber solchen amtlichen Feststellungen diese Angaben auf ihren tatsächlichen Wahrheitsgehalt zurückzurechnen, was immerhin ein sehr viel bescheideneres Resultat ergeben würde. Auf die veränderten Verhältnisse, insbesondere auf die veränderten Bevölkerungszahlen umgerechnet, ergibt sich nämlich tatsächlich nur erst ein Stand von rund 50 Prozent im Vergleich zu 1948.

Die zitierten "Mitteilungen", die sicherlich nicht im Verdacht stehen, aus parteipolitischen Gründen an den "Erfolgen" der Erhard'schen Wirtschaftspolitik herumzumäkeln, fragen weiter, warum denn in so marktschreierischer Weise mit Zahlenkunststücken und mit dem Jargon der Sportplätze auch von amtlichen Organen "berichtet" wird. Die Antwort ist sehr einfach. Sie ergibt sich aus der von dem Blatt selbst gezogenen Parallele mit der "grossen" Zeit der "Erzeugungsschlacht". Je fragwürdiger die Resultate der Erhard'schen Wirtschaftspolitik werden, desto grossartiger müssen die Berichte darüber aufgemacht sein. Kann man dadurch auch nicht mehr die negativen sozialen Auswirkungen zudecken, dann reicht es immerhin noch zur Irreführung der öffentlichen Meinung im Ausland aus und die notwendigerweise falschen Schlussfolgerungen und Reaktionen, die von dort aus erfolgen, lassen sich dann wieder schön zu Beweisen dafür umarbeiten, dass die da draussen, "der böse Feind", dem armen deutschen Volk nicht einmal das bisschen Verbesserung seiner Lebenshaltung gönnt, welches diese Erhard'sche Wirtschaftspolitik selber in zunehmendem Masse den arbeitenden Massen vorenthält.

Sozialpolitik unter Gottwald

sp. Der "Gewerkschaftlichen Rundschau", Bern entnehmen wir im Auszug einen Artikel über die Stellung der Arbeiterschaft in der heutigen Tschechoslowakei. In dem Aufsatz heisst es u.a.:

"Ein kürzlich im Prager Parlament angenommenes Gesetz ermächtigt die Regierung zur Nationalisierung des Transportwesens in der Tschechoslowakei. Der Hauptzweck des Gesetzes ist die Verschlechterung der Rechtstellung der Eisenbahn-, Post-, Luftverkehrsangestellten usw. Sie alle sollen, soweit sie bisher den Charakter von öffentlichen Angestellten hatten, dieses Charakters entkleidet werden! Man will

die Eisenbahner und Postler zu einer höheren Arbeitsleistung zwingen, indem man das unsoziale Antreibersystem der Akkordlöhne einführt, und auch sonst soll die ganze Rechtstellung der Verkehrsangestellten, die als Staatsangestellte bisher geschützt waren, radikal verschlechtert. In der "reaktionären" Tschechoslowakei vor 1938 übten die freien Gewerkschaften der Verkehrsangestellten einen bedeutenden Einfluss auf die Leitung der Staatsbetriebe aus. In der "Volksdemokratie" haben die Angestellten in die Leitung der Verkehrsbetriebe nichts mehr dreinzureden. Zwar werden im Verwaltungsrat ernannte Vertreter der Verkehrsangestellten der sogenannten "Einheitsgewerkschaft" sitzen, das ist aber nur eine Zwangsorganisation mit Monopolcharakter, deren Tätigkeit darin besteht, die Mitglieder zu höheren Arbeitsleistungen zu pressen. Bezeichnenderweise hat die sogenannte Verkehrsangestelltengruppe "einstimmig" dem Regierungsprojekt zugestimmt und damit "einstimmig" auf alles verzichtet, wofür die Angehörigen dieser Berufskategorie ein Menschenalter lang gekämpft haben. Es wird allerdings zugegeben, dass diesem Beschluss eine "lebhafteste Debatte" vorausgegangen sei.

^ werden.

Alles deutet darauf hin, dass die Betriebsräte demnächst vollkommen von der Bildfläche verschwinden werden. Die Betriebsräte wurden nach 1945 wieder ins Leben gerufen, doch gelang es den Kommunisten von Anfang an, den früheren demokratischen Charakter dieser Institution zu verfälschen. Sie setzten durch, dass nur mehr eine Einheitsliste für die Wahlen aufgestellt werden darf und dass auch diese nicht von den Arbeitern im Betrieb zusammengestellt wird, sondern von der sogenannten "Betriebsgewerkschaftsgruppe", nämlich von der Einheitsorganisation. Alle diese "Vorsichtsmaßnahmen" waren dazu bestimmt, die numerische Schwäche der Kommunisten zu verschleiern.

Der Artikel spricht dann von den bestehenden Absichten, unter dem Titel "Vereinfachung der Verhältnisse" die gewählten Betriebsräte abzuschaffen. Die "Gewerkschaftliche Rundschau" stützt sich dabei auf einen Artikel im "Odborar", dem Organ für URC-Funktionäre, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Darin heisst es u.ä.: "Die Entwicklung ist heute schon so weit gegangen, dass man die Situation vereinfachen und die Betriebsräte abschaffen kann".

Wo bleiben die Aktivisten?

sp. Bei den bisher in diesem Jahr erfolgten Entlassungen deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion wurde unter den Heimkehrern ein verschwindend geringer Prozentsatz an politischen Aktivisten festgestellt.

Wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD von Heimkehrern erfährt, werden die Aktivisten in Brest-Litowsk zurückgehalten und sollen den späteren Transporten als "unbeschriebene Blätter" mitgegeben werden. Dies soll aus persönlichen Sicherheitsgründen geschehen.

Man vermutet, dass jene Männer vorerst in die Ostzone entlassen werden und nach einiger Zeit einzeln in die Westzone einsickern.

(b/B.1/165/1/hs)